

INHALT

POLITIK
6 Wer aus der katholischen Kirche in Deutschland austritt, verwirkt auch weiterhin sämtliche Mitgliederrechte.

MEINUNG
13 Die Diskussion um den Mohammed-Film geht weiter. Der Dummheit der Islamophoben ist auf dem Rechtsweg so wenig beizukommen wie dem Hass islamistischer Attentäter.

SPORT
27 In Singapur wird über die Zukunft der Formel 1 verhandelt. Bernie Ecclestone will den Kreisverkehr an die Börse bringen. Einige Hersteller fühlen sich übervorteilt.

PANORAMA
39 Die Online-Enzyklopädie Wikipedia wird von einem Korruptionsskandal erschüttert: Hochrangige Mitarbeiter sollen ihre Stellung ausgenutzt haben, um PR für Klienten zu platzieren.

RESSORTS
Politik ... Seite 4
Meinung ... Seite 12
Wirtschaft ... Seite 14
Frankfurt ... Seite F1
Wissen & Bildung ... Seite 23
Sport ... Seite 24
Feuilleton ... Seite 28
Panorama ... Seite 38

RUBRIKEN
Impressum ... Seite 10
Börse ... Seite 19
Rätsel ... Seite 22
Leserbriefe ... Seite 11
Wetter ... Seite 11
TV-Programm ... Seite B4
Familienanzeigen ... Seite F15



POSITIONEN

In der Steuerpolitik gehen die Meinungen so stark auseinander wie lange nicht. Die Opposition will die staatlichen Einnahmen erhöhen, die schwarz-gelbe Koalition plädiert für Entlastungen.

CDU CDU und CSU lehnen ganz konform mit ihrem Wahlversprechen Steuererhöhungen ab. Die Union hält weder die Wiedereinführung der Vermögenssteuer noch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes für notwendig.

FDP Die FDP drängt auf eine Senkung der Einkommensteuer. Sie will die kalte Progression, also rein inflationsbedingte Mehrbelastungen, bekämpfen. Steuererhöhungen lehnen die Liberalen grundsätzlich ab.

SPD Die Sozialdemokraten wollen die Vermögenssteuer wieder einführen und zudem den Spitzensteuersatz ab einem jährlichen Einkommen von 100 000 Euro auf 49 Prozent anheben.

Die Grünen wollen eine befristete, zweckgebundene Abgabe für Vermögen von mehr als einer Million Euro. Mit den Einnahmen sollen Schulden abgebaut werden.

Die Linken fordern mehr Umverteilung und wollen vor allem die Reichen zur Kasse bitten. Die Partei möchte eine einmalige Abgabe erheben, die Vermögen von mehr als einer Million Euro trifft.

Bei den Piraten finden sich zu diesen steuerpolitischen Themen keine offiziellen Beschlüsse. In der Partei gibt es jedoch Tendenzen zu einer Vermögenssteuer.

Deutschlands Defizit bei der Umverteilung

Der Armuts- und Reichtumsbericht sorgt für Streit in der schwarz-gelben Koalition – und belebt die Debatte um die Vermögenssteuer

Von Markus Sievers

Die Reichen werden reicher. Die Armen fallen weiter zurück. Und während der Staat Schulden anhäuft, klettert das Privatvermögen von Rekordhoch zu Rekordhoch.

All das klingt platt und holzschnittartig. Und doch beschreibt das Bundesarbeitsministerium in seinem Entwurf für den vierten Armuts- und Reichtumsbericht Deutschland im Jahre 2012 genau so.

Nicht von ungefähr nahm in dieser Woche eine alte Debatte wieder an Fahrt auf: Wie gerecht geht es in Deutschland zu? Wer trägt den Sozialstaat? Und wie stark verteilt der noch un?

Die zehn Prozent mit den höchsten Einkommen zahlen doch schon heute über die Hälfte der gesamten Einkommensteuer – mit diesem Argument wehrten Union und FDP Forderungen nach Steuererhöhungen für Topverdiener ab.

Deutschland setzt wie international üblich auf eine progressive Einkommensteuer, bei der mit steigendem Verdienst der Tarif überproportional zunimmt.

Hoher Bedarf an Ausgleich

Das ist deshalb so wichtig, weil der Staat damit indirekt auch die Vermögenden trifft. „Einkommensreichtum fällt in der Regel mit Vermögensreichtum zusammen“, meint Verteilungsforscher Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

Doch der Blick allein auf die Einkommensteuer ist zu verengt, worauf das Finanzwirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitut der Uni Köln 2008 in einer Studie hinwies.

Bedarf für einen Ausgleich erhöhe. Zudem trage die Einkommensteuer relativ wenig zu den gesamten Einnahmen des Sozialstaates bei.

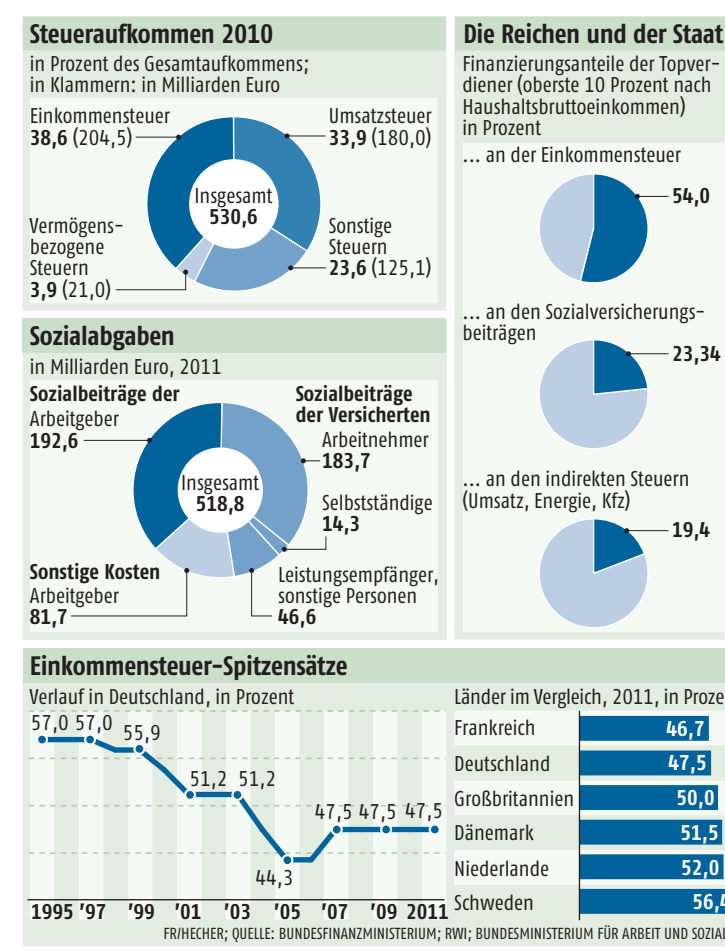
Mehr noch: Nur die Kleinverdiener führen von ihrem gesamten Gehalt Sozialabgaben ab. Oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze verzichten die Sozialkassen auf ihren Anteil.

Diese Wirkung wird verschärft durch Verbrauchsteuern wie Mehrwert-, Energie-, und Stromsteuer. Auch sie unterscheiden nicht nach Arm und Reich.

an der Kasse steht. So stellt der Wiesbadener Ökonom Lorenz Jarass fest: „Allein durch die Mehrwertsteuer wird das Haushaltsnettoeinkommen des ärmsten Zehntels mit knapp zwölf Prozent belastet, das des reichsten Zehntels nur mit gut sechs Prozent.“

In der Ökonomen-Szene gilt Jarass als linker Vogel. Seine Einschätzung auf diesem Gebiet aber stützen Kollegen von ganz anderer Ausrichtung, etwa die des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen.

Das Arbeitsministerium versicherte, so sei das alles gar nicht gemeint gewesen. Es gebe in dem Bericht keine Forderung nach Umverteilung. Man habe ledig-



zogene Steuern wie Grund-, Grunderwerbs- und Erbschaftsteuer bringen zusammen knapp vier Prozent des Steueraufkommens ein – weniger als in den USA, in Kanada und vielen anderen EU-Staaten.

Besserverdiener entlastet

Die Polarisierung in der Gesellschaft ist also nicht allein durch Globalisierung und Standortwettbewerb zu erklären. Seit 1998 habe die Politik den Einkommensteuertarif „ständig reformiert“, schreiben die Wirtschaftswissenschaftler Achim Truger und Dieter Teichmann in einem Gutachten für die Parlamentarische Linke in der SPD-Fraktion.

„Sieht man von der Einführung der Reichensteuer im Jahr 2007 ab, so konnten diese Reformen nur eine Richtung – und die hieß Entlastung.“ Zudem senkte Rot-Grün auch die Unternehmensteuern. Dafür erhöhte die große Koalition die Mehrwertsteuer und führte die Abgeltungsteuer ein.

„Die Bundesregierung prüft, ob und wie über die Progression in der Einkommensteuer hinaus privater Reichtum für die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden kann.“

„Insgesamt weist Deutschland bei den vermögensbezogenen Steuern (einschließlich Steuern auf Finanz- bzw. Kapitaltransaktionen) ein im internationalen Vergleich sehr moderates Niveau auf.“

„Die Vermögenden tragen zum Ausgleich bei. Die oberen zehn Prozent in der Einkommenspyramide tragen mehr als die Hälfte des gesamten Einkommenssteueraufkommens.“

„Forderungen nach noch mehr Umverteilung sind für das Bundeswirtschaftsministerium nicht zustimmungsfähig.“

„Ich halte von Vermögensabgaben nichts. Gerade die vielen mittelständischen Unternehmen (...) könnten in so einem Fall sehr betroffen sein, vielleicht auch unser Land verlassen – das möchte ich auf gar keinen Fall.“

„Ich bin der Meinung, dass Gerhard Schröder damals den Spitzensteuersatz zu sehr abgesenkt hat. Darüber muss man reden können.“

FDP und auch Angela Merkel. Die Bundeskanzlerin meldet sich deutlich zu Wort

nen Vergleich kein besonders hohes Einkommen aus Erbschaft und Schenkungsteuern hat. Das FDP-geführte Wirtschaftsministerium las daraus: Von der Leyen plädiert für eine Vermögens- oder eine höhere Einkommensteuer.

Das Arbeitsministerium versicherte, so sei das alles gar nicht gemeint gewesen. Es gebe in dem Bericht keine Forderung nach Umverteilung. Man habe ledig-

lich zu mehr Spenden und Stiftertätigkeit aufrufen wollen. Zu- mindest muss sich das Ministerium dann vorwerfen lassen, missverständlich formuliert zu haben. Die Kanzlerin ist genervt, die Forderung nach sensiblem Vorgehen war auch ein Appell an die Arbeitsministerin. Die hat die Union bereits mit dem Vorprechen bei der Zuschussrente aufgebracht, die sie – trotz breiter Ablehnung in der Koalition – auch im Armuts- und Reichtumsbericht anpreist.

Allerdings wären Reichensteuern nach Vorlage des Berichts auch ohne von der Leyen diskutiert worden. Opposition und Sozialverbände erheben die Forderung schließlich seit Langem. Das Nein Röslers gibt der Linkspartei nun Gelegenheit, die FDP als Millionärspartei zu schelten, die „das Schicksal der Mehrheit der Bevölkerung konsequent ignoriert“.

Inzwischen hat sich allerdings auch ein CDU-Präsidiumsmitglied auf die andere Seite gewagt: Die saarländische Ministerpräsi-

ANNEGRET KRAMP-KARRENBauer (CDU), MINISTERPRÄSIDENTIN DES SAARLANDES